Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Über ein Jahr müssen wir nun den völkerrechtswidrigen Krieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine mit-erleben. Bei dem völkerrechtswidrigen Krieg der NATO gegen Serbien und bei der völkerrechtswidrigen Lostren-nung des Kosovo habe ich in Gesprächen mit damaligen Regierungsmitgliedern gewarnt, dass dies Schule machen könne, was leider eingetreten ist. Ich weiß, dass vor diesem Krieg vom Westen vieles falsch gemacht wurde und die Ukraine Minsk II verletzte. Das Donbass-Gebiet wurde nicht autonom innerhalb der Ukraine. Außerdem war das damalige Verbot der russischen Sprache ebenso falsch. All dies rechtfertigt aber niemals einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg. Wir erleben Kriegsverbrechen, insbesondere von russi-scher Seite: Folter, Tötung von Zivilisten, Vergewalti-gungen. Es muss ein völkerrechtlicher Weg gefunden werden, Schuldige bei allen Kriegen zur Verantwortung zu ziehen. Unsere Solidarität gehört der ukrainischen Bevölkerung. Im Unterschied zu anderen hier war ich nicht zu einer Stippvisite in der Ukraine, sondern zusammen mit Pro-fessor Trabert dort mehrere Tage. Wir haben medizinische Geräte und Spenden übergeben. Der Bürgermeister eines Vorortes von Kiew will die Zer-störungen beseitigen und bat um einen kleinen Bus, einen Traktor und eine Betonmischmaschine. Meine entspre-chende Bitte an den Bundeswirtschaftsminister Habeck wurde abgelehnt. Geld für Panzer ja, für eine Betonmischmaschine nein. Mithilfe des sächsischen CDU- Ministerpräsidenten Kretschmer ist es gelungen, mit einer Städtepartnerschaft die Bitten zu erfüllen. Das Verhalten der Bundesregierung finde ich indiskutabel. Die Frage, wie dieser Krieg, das Grauen beendet wer-den kann, treibt unsere ganze Bevölkerung um. Es gibt im Kern zwei unterschiedliche Antworten. Wenn wir eine tiefe Spaltung unserer Gesellschaft verhindern wollen, sollten wir respektieren, dass die einen wie die anderen Frieden zwischen Russland und der Ukraine wollen. Die einen glauben, mittels Waffenlieferungen das Selbstver-teidigungsrecht der Ukraine zu stärken und einen gerech-teren Frieden zu erreichen. Wir, die das anders sehen, dürfen sie nicht als Kriegstreiber oder Ähnliches sehen und beleidigen. Diejenigen, die wie wir unverzüglich einen Waffenstillstand wollen, möchten das Töten, Verletzen, die Zerstö-rungen sofort beenden. Deshalb ist es ebenso falsch, uns als Putin- Knechte zu bezeichnen. Wir haben inzwischen einen Stellungskrieg. Der BND- Präsident wies darauf hin, dass Russland noch bis zu 1 Million Soldaten rekrutieren könne. Die Ukraine hat eine solche weitgehende Möglichkeit nicht. Jürgen Habermas erklärte, dass die NATO bisher ihr Ziel nicht definiert habe. Er schrieb weiter, dass es einen Unterschied gebe, ob ein Land siegen müsse oder ob es nicht verlieren dürfe. Interessant! Mir wird entgegnet, dass Putin zu einem Waffenstill-stand nicht bereit sei. Was halten Sie von folgender Idee? Mit Einverständnis der ukrainischen Führung könnte die NATO doch erklären, dass sie jetzt keine einzige Waffe mehr an die Ukraine lieferte, wenn die russische Führung einem Waffenstillstand zustimmte. Das setzte sie beachtlich unter Druck. Das Ergebnis dann von Friedensverhandlungen muss eine auch vom Westen gesicherte Ukraine sein. Wir müssen einen Weg finden, wie wir zu Deeskalati-on, Abrüstung, Interessenausgleich, viel mehr Diploma-tie und strikter Wahrung des Völkerrechts durch alle Sei-ten zurückkehren können. Die Regierung muss aufhören, wegen der Kosten im Zusammenhang mit dem Krieg und den Flüchtlingen Sozialleistungen infrage zu stellen. Eine solche Aufrechnung zum Nachteil gerade der ärme-ren Teile unserer Bevölkerung ist durch nichts zu recht-fertigen. Die Inflation, die Teuerung der Lebensmittel, – die unerträglichen Preise für Heizung und Strom müssen wirksam bekämpft werden. Letztlich – ich bin gleich fertig –: Es gibt auch die völkerrechtswidrigen Kriege des NATO- Mitglieds Tür-kei gegen Syrien und Irak, speziell gegen die Kurdinnen und Kurden, die uns alle im Kampf gegen den "Islamischen Staat" unterstützt haben. Es gibt seit Jahren einen furchtbaren - Krieg im Jemen mit unvorstellbarem Leid. Dahinter stehen der Iran und Saudi- Arabien. Wenn wir glaubwür-dig sein wollen, müssen wir diese Kriege ebenfalls scharf verurteilen. Ich hoffe – ich bin fertig, Frau Präsidentin –, dass unsere öffentlich-rechtlichen Medien endlich einmal Bil-der von diesen Kriegen zeigen, damit sich humane, soli-darische Gefühle in unserer Bevölkerung entwickeln können.